

Zu „Startschuss für den Altreifenofen“

Im Ergebnis der Bürgerversammlung am Trothaer Abend (30.09.2014) steht nur das einzige Fazit: Die für den Deal mit der Pyrolyseanlage im Trothaer Hafen verantwortlichen Behörden und Grundstückseigentümer sollten dem Investor die Gelegenheit geben, sich schadlos aus Trotha zurückzuziehen, um seine Versuchsanlage an einem Standort, mit besser geeigneter Infrastruktur für chemische Prozesse und mögliche Störfälle, zu errichten. Die bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass das Verfahren noch nicht genug erprobt ist und neben permanenten Emissionen auch Störfälle eintreten können, die in dem Gebiet nahe der Wohnbebauung schwere Schäden anrichten können.

Erfahrene Wissenschaftler, die zugegen waren, machten ihre Zweifel an der Bemessung des Schadstoffaustritts und der festgelegten Grenzwerte offenbar. Außerdem wurde vermutet, dass die klimatischen Besonderheiten, insbesondere die Tallage keine Berücksichtigung fand. So ist anzunehmen, dass bei der derzeit geplanten Schornsteinhöhe die schädlichen Abgase nicht weit genug aus dem Saaletal herausgeführt werden können.

Die anwesenden Vertreter der Firma Pyrolytech waren sichtlich betroffen von der Sachlichkeit der Argumente und gaben zu, dass es bei Überschreitung der Grenzwerte für die anfallenden Giftstoffe, zur Stilllegung der Anlage kommen kann. Auch der Gedanke eines möglichen Standortwechsels wurde als Signal der Geschäftsleitung für weitergehende Beratungen mit den Entscheidungsträgern aufgenommen.

Kein Wunder, dass Stadt- und Landesverwaltung der Bürgerversammlung fernblieben. Mit der unzureichenden Beurteilung des Standortes und seiner Auswahl für ein hochgefährliches Pilotprojekt in unmittelbarer Wohnnähe, offenbart sich eine unzureichende Kompetenz der Behörden mit zudem unrichtigen Prämissen für die Gestaltung der Lebensräume für Menschen und dem Schutz der Landschaft am nördlichen Stadtrand.

Die Grundfrage lautete: „wer haut hier eigentlich wem die Taschen voll?“ Mit dem hohen Niveau der sachkundigen Bürger, hatte wohl keiner gerechnet. Halle war eine schmutzige Chemiestadt und man arbeitete Jahre lang daran, dieses Image abzulegen und eine gesunde Stadt am Fluss zu werden. Die früher hier tätigen Naturwissenschaftler, Mediziner und erfahrene Anlagenbetreiber wissen also, wovon sie reden. Man sollte Ihnen besser zuhören.

Wer auch immer den Hut dafür auf hat muss wissen: da hilft kein Rechtfertigen mehr. Hier und jetzt ist die Zeit für Eingeständnisse, denn Fehler zuzugeben ist nicht so schlimm, als sie zuzulassen. Die Stadt Halle ist schon stark mit Emissionen belastet. Wem nützt also die Anlage? Nicht unerheblich ist auch die Frage: **sind die zur Verfügung zu stellenden Fördermittel klug eingesetzt, wenn damit ein risikobehaftetes Forschungsprojekt der Privatwirtschaft finanziert wird?**

Bau und Inbetriebnahme der Anlage sind zweierlei Dinge. Solange keine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgt, die zweifelsfrei die speziellen Standortfaktoren im Störfall berücksichtigt, wird es keine Ruhe geben. Wachsender Unmut in der Bevölkerung kann weder im Sinne des Investors, noch der Behörden und schon gar nicht im Interesse der Bürger sein.

Juristisches Recht und Ethik sollten eine Einheit bilden, zum Wohl des Gemeinwesens beitragen und Gesundheitsrisiken der Bevölkerung verhindern. Wenn nur noch Klagen in mehreren Instanzen dem gesunden Menschenverstand zum Sieg verhelfen können, dann sind wir tatsächlich „jenseits von Eden“.

Karin Grundmann

Mitglied der Bürgerinitiative „Gesunder Trotha“ e.V.

Position ist

Standort nicht richtig beurteilt

Zum Startschuss für den Altrefen-Verwerter am Trothaer Hafen:

Im Ergebnis der Bürgersprache am Trothaer Abend steht nur das Fazit: Die für den Deal mit der Pyrolyseanlage im Trothaer Hafen verantwortlichen Behörden und Grundstückseigentümer sollten dem Investor die Gelegenheit geben, sich schadlos aus Trotha zurückzuziehen, um seine Versuchsanlage an einem Standort mit bes-

ser geeigneter Infrastruktur i chemische Prozesse und mögliche Störfälle zu errichten. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass das Verfahren noch nicht genug erprobt ist. Kein Wunder, dass Stadt- und Landesverwaltung der Bürgerversammlung fernblieben. Mit der unzureichenden Beurteilung des Standortes und seiner Auswahl für ein hochgefährliches Pilotprojekt in unmittelbarer Wohnnähe, offenbart sich eine unzureichende Kompetenz der Behörden und zudem unrichtigen Prämissen für die Gestaltung der Lebensräume für Menschen und den Schutz der Landschaft am nördlichen Stadtrand.

Karin Grundmann, Halle